

Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

52/2015 23.12.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu:



Harald Lidauer

[Das Demokratieprinzip](#)

Die Monografie stellt einen rechtshistorischen Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des Demokratieprinzips in Österreich im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert dar, wobei dieser Abschnitt systematisch und chronologisch aufgearbeitet wird. Dabei richtet sich der Fokus nicht nur auf die Ebene des Gesamtstaates, sondern gleichermaßen auch auf die jeweiligen Entwicklungen auf Landes- und Gemeindeebene, wobei insoweit schwerpunktmäßig eine Bezugnahme auf das Bundesland Oberösterreich stattfindet.

50 Euro, XVII und 438 Seiten, gebunden, ISBN 978-3-902883-26-1

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 145/2015](#)

Bundesgesetz über österreichische Beiträge an internationale Finanzinstitutionen (**IFI-Beitragsgesetz 2015**) (Unterstützung der Menschen in Entwicklungsländern; Überwachung der Verwendung der österreichischen Beiträge an IFAD und der österreichischen Kapitalanteile an IIC)

[BGBl II 432/2015](#)

Verordnung der Bundesministerin für Inneres, mit der **diverse Kasernen zu Betreuungsstellen** erklärt werden

[BGBl II 433/2015](#)

Verordnung der E-Control, mit der das Clearingentgelt für die Erfüllung der Aufgaben eines Bilanzgruppenkoordinators im Erdgasbereich festgesetzt wird (**Erdgas-Clearingentgelt-Verordnung 2016**)

[BGBl II 434/2015](#)

Verordnung der E-Control, mit der die Clearinggebühr für die Erfüllung der Aufgaben eines Bilanzgruppenkoordinators festgesetzt wird (**Clearinggebühr-Verordnung 2016**)

[BGBl II 435/2015](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Festlegung und Anerkennung der antizyklischen Kapitalpufferrate, über die Festlegung des Systemrisikopuffers sowie über die nähere Ausgestaltung der Berechnungsgrundlagen gemäß § 23a Abs. 3 Z 1 BWG und § 24 Abs. 2 BWG (**Kapitalpuffer-Verordnung – KP-V**)

[BGBl II 442/2015 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen betreffend Festlegung der Ermittlung des Grundstückswertes (**Grundstückswertverordnung – GrWV**)

[BGBl II 445/2015](#)

Verordnung der Bundesregierung, mit der die Anzahl der quotenpflichtigen Aufenthaltstitel und die Höchstzahlen der Beschäftigungsbewilligungen für befristet beschäftigte Fremde und Erntehelfer für das Jahr 2016 festgelegt werden (**Niederlassungsverordnung 2016 – NLV 2016**)

[BGBl II 446/2015](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit über den **53. Nachtrag zum Arzneibuch**

[BGBl II 449/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien, mit der die **Datenschutzangemessenheits-Verordnung – DSAV** geändert wird (DSAV-Novelle 2015)

[BGBl II 451/2015](#)

Verordnung der Bundesministerin für Inneres über den **Zugang zu Bildungsangeboten der Sicherheitsakademie**

[BGBl II 454/2015](#)

Verordnung der Bundesministerin für Inneres, mit der die Verordnung der Bundesministerin für Inneres, mit der diverse **Kasernen zu Betreuungsstellen** erklärt werden, geändert wird

[BGBl II 456/2015 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Justiz über den **Normalkostentarif**

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 332 v 18.12.2015, 1](#)

Richtlinie (EU) 2015/2376 des Rates vom 8. Dezember 2015 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der **Verpflichtung zum automatischen Austausch** von Informationen im **Bereich der Besteuerung**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

26.11.2015, [V 105/2015 ua](#)

Stmk RaumordnungsG; Gesetzwidrigkeit der **Umwidmung eines Grundstücks von Bauland in Freiland** – private Parkanlage in der Revision des Örtlichen Entwicklungskonzepts 4.00 und des Flächenwidmungsplans 4.00 der Gemeinde Altaussee mangels ausreichender Grundlagenforschung und einer die Interessen des Baulandeigentümers mitberücksichtigenden Interessenabwägung; **Nichterhebung von Einwendungen** des Grundeigentümers im Verordnungsverfahren kein Grund für einen Entfall der Pflicht der Gemeinde zur **Feststellung der Entscheidungsgrundlagen**

09.12.2015, [G 325/2015 ua](#)

GerichtsorganisationsG; **ZivilprozessO**; Abweisung eines Gerichtsantrags auf Aufhebung von Bestimmungen des GerichtsorganisationsG und der ZivilprozessO betreffend den **Fristenlauf** bei elektronischer bzw physischer Zustellung gerichtlicher Schriftstücke; verlängerte Frist im **Elektronischen Rechtsverkehr** von einem bzw einigen wenigen Tagen sachlich gerechtfertigt

B. Verwaltungsgerichtshof

17.11.2015, [2013/03/0114](#)

TelekommunikationsG; bescheidmäßige Feststellung, dass die Bf durch einseitige, **nicht ausschließlich begünstigende Änderung eines Telekommunikationstarifs** § 25 Abs 3 TelekommunikationsG verletzt habe; mit dem bloßen Hinweis auf die Möglichkeit einer Guthabenauszahlung wird die gesetzliche Verpflichtung zur Information über das aus der Änderung resultierende, dem Teilnehmer zustehende kostenlose Kündigungsrecht nicht erfüllt

24.11.2015, [2013/05/0112](#)

NÖ BauO; Antrag auf Bewilligung zur Errichtung eines Wohnhauses mit vier Wohneinheiten; ein „**Dachaufbau**“, der bei der **Berechnung der Höhe** gem § 53 Abs 2 NÖ BauO nicht zu berücksichtigen wäre, erfordert eine konstruktive Verbindung mit dem Dach; ggst sprechen die völlig eigenständige Konstruktion im Dachbereich neben dem umliegenden Satteldach und der besondere Umfang der Konstruktion gegen die Einordnung als Dachaufbau

25.11.2015, [2013/06/0123](#)

Stmk RaumordnungsG; **Stmk BauG**; Bewilligung für die Errichtung eines Büro- und Geschäftshauses; div Nachbareinwendungen; auf die Frage, ob eine Pizzeria mit Klimaanlage noch dem **Betriebstypus der Gaststätte** iSd § 23 Abs 5 lit c Stmk RaumordnungsG entspricht, muss ggst nicht näher eingegangen werden, da im Baubewilligungsverfahren lediglich das eingereichte Projekt zu beurteilen ist und dieses Projekt keine Klimaanlage enthält; etwaige Abweichungen vom Konsens sind in einem allfälligen Bauauftragsverfahren zu entscheiden

25.11.2015, [2013/06/0240](#)

Vbg BauG; Bewilligung für die Errichtung einer Wohnanlage mit 15 Wohneinheiten und Tiefgarage; div Nachbareinwendungen; bei der Frage, ob ein Bauteil als untergeordnet zu qualifizieren ist, ist auch auf das Verhältnis zum restlichen Bauwerk Bedacht zu nehmen; angesichts der Dimensionen des ggst Bauvorhabens können die Vordächer nicht mehr als „**untergeordnete Bauteile**“ qualifiziert werden

25.11.2015, [Ra 2015/06/0047](#)

Stmk BauG; gem § 20 Z 3 lit a Stmk BauG ist die Errichtung, Änderung oder Erweiterung von Werbe- und Anzeigeneinrichtungen anzeigepflichtig; ausgehend davon kann die Auffassung des Rw, dass die verfahrensgegenständlichen **Werbedreieckständer** mit einer Höhe von 117 cm und einer Breite von 70 cm **anzeigepflichtig** sind, nicht als rechtswidrig erkannt werden

26.11.2015, [2012/07/0237](#)

WasserrechtsG; Vorschrift von Maßnahmen zur Vermeidung einer Gewässerverunreinigung bzw Sanierung des betroffenen Bereichs; § 31 WasserrechtsG unterscheidet nicht zwischen „Sicherung“ und „Sanierung“, sondern stellt allein darauf ab, welche **Maßnahmen zur Vermeidung einer Gewässerverunreinigung** „erforderlich“ sind; sind „Sanierungsmaßnahmen“ sachbezogen zwangsläufig notwendige Folge von „Sicherungsmaßnahmen“, dann muss das Gesamtpaket der Maßnahmen als erforderlich beurteilt werden

C. Verwaltungsgerichte

BVwG 26.11.2015, [W111 2101760-2](#); [W111 2101759-2](#)

VwGVG; **AVG**; durch eine **Zurückziehung** eines Devolutionsantrags gem § 73 AVG geht die Entscheidungsbefugnis der Oberbehörde wieder auf die ursprünglich zuständige Behörde über; dies gilt auch bei der im Zuge der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle eingeführten **Säumnisbeschwerde** gem Art 130 Abs 1 Ziffer 3 B-VG

LVwG Vbg 10.12.2015, [LVwG-318-012/R1-2015](#)

Vbg BauG; Antrag auf Erteilung der Baubewilligung für den **Abbruch von bestehenden Garagen** sowie die **Errichtung eines Mehrwohnungsgebäudes**; div Einwendungen der Nachbarn; „negative“ Einwirkungen, die durch ein **Schattenwerfen** und somit durch die Entziehung der wärmenden Kraft der Sonne und ihres Lichtes durch Bauwerke auf dem Nachbargrund hervorgerufen werden, stellen **keine Immissionen** iSd § 8 Vbg BauG dar

LVwG Vbg 15.12.2015, [LVwG-1-663/R10-2014](#)

GlücksspielG; keine Gemeinschaftswidrigkeit durch die **Beschränkungen der Glücksspieltätigkeiten** bei Gesamtwürdigung aller im ggst Verfahren hervorgekommener Umstände; die von der österreichischen Regelung vorgesehenen Beschränkungen verfolgen vom EuGH anerkannte Gründe des **Allgemeininteresses** und sind geeignet, diese zu erreichen

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. Schlussanträge

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

22.12.2015, Beschwerde Nr. [28601/11](#), *G.S.B. / Schweiz*

Keine Verletzung von **Art 8** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) iVm **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot); konventionskonforme **Übermittlung von Informationen** bezüglich des **Schweizer Bankkontos** des amerikanischen Bf durch die Schweizer Behörden auf Grundlage eines **Rechtshilfeabkommens in Steuerangelegenheiten** zwischen der

Schweiz und den **USA**; großes Interesse der Schweiz an Abkommen mit den USA; hinreichende Möglichkeit für den Bf, **Rechtmittel** gegen die Übermittlung der Informationen ergreifen zu können

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Sarah Heiml

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.